Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 26 (1947)
Heft: 6

Artikel: Mr. Trumann muss sich entscheiden
Autor: Laski, Harold J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-335700

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sozialistische Monatsschrift

ROTE REVUE

26. Jahrgang *JUNI 1947* *Heft 6*

HAROLD J. LASKI

Mr. Truman muß sich entscheiden

So viele von uns, die für das amerikanische Volk stets eine tiefe Zuneigung empfanden, hat die schroffe Wendung, die Mr. Truman der Außenpolitik seiner Regierung gegeben hat, tief erschreckt. Sie beruht teilweise, glauben wir, auf einer weitgehend falschen Beurteilung der internationalen Lage. Im weiteren war sie, sowohl in der Art, wie sie an die Probleme heranging, als auch in der Wahl des Zeitpunktes, wenig überdacht und unglücklich. Auch erinnert sie allzu sehr an die Hysterie der politischen Hexenprozesse um 1919. Trumans Vorgehen hat in allen reaktionären Kreisen Europas neue Hoffnungen geweckt. Es hat, unseres Erachtens ohne Notwendigkeit, eine Reihe von Problemen, die wir ohne Zögern lösen müßten, in eine Perspektive gestellt, die ihre Lösung sehr erschwert, und schon allein dadurch die Hoffnung auf eine Gesundung Europas in die Ferne gerückt. Schließlich hat diese Wendung der amerikanischen Außenpolitik unserer Auffassung von einer unteilbaren Welt, die im Zentrum jeder Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden steht, einen schweren Schlag versetzt.

Die russische Regierung, wird man vielleicht einwenden, sei unvorstellbar mißtrauisch, zaudernd, verworren in ihren Methoden; sie werde durch Diplomaten vertreten, die — im Gegensatz zu Litwinoff und Maisky — nicht begriffen haben, daß Politik die Kunst des brauchbaren Kompromisses ist, und die darum mit unbeweglicher Zaghaftigkeit an ihren Moskauer Instruktionen festhalten; man sagt ferner, der Kreml feilsche äußerst hartnäckig und bringe in die Technik des Unterhandelns etwas von den Gewohnheiten des orientalischen Basars. All diese Einwände akzeptiere ich durchaus. Es braucht wirklich unendliche Geduld und ein robustes Taktgefühl, um mit der

russischen Regierung auszukommen. Man gerät oft in Wut über die Sturheit eines Teils der russischen Propaganda. Wer überdies die diplomatischen Vertreter Rußlands in der Welt kennt, kann nicht umhin, festzustellen, daß der russische Beamte höchst selten eine wirkliche Kenntnis des Landes, bei dem er akkreditiert ist, besitzt; man kann sich daher vorstellen, daß seine Berichte nach Moskau sich nicht gerade durch Einfühlungsvermögen und Sinn für Proportionen auszeichnen.

Trotz alledem, glaube ich, ist die Behauptung, Rußland habe imperialistische oder expansionistische Ziele, vollkommen falsch. Ich bin überzeugt, daß die russische Regierung den Frieden braucht, ich glaube auch, daß sie aufrichtig den Frieden will. Das Land und das russische Volk sind nicht imstande, einen großen Krieg zu führen. Die Wunden, die die deutsche Invasion der russischen Wirtschaft schlug, gingen tief. Sie dürfte mindestens zehn Jahre brauchen, um sich davon zu erholen. Für Rußland von lebenswichtiger Bedeutung ist die Garantie internationaler Sicherheit. Die Regierung Rußlands hat nicht das Gefühl dieser Sicherheit. Dafür gleicht die Sprache, die sie heute überall zu hören bekommt, allzu ominös jenen Einflüsterungen und Intrigen, die nach der Oktoberrevolution überall spürbar waren, zu einer Zeit, als noch nicht feststand, ob die Bolschewiken sich an der Macht würden halten können. Da der Friede von der Verständigung unter den Großmächten, vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland, abhängt, muß das erste Ziel der Außenpolitik sowohl in London, in Washington wie in Paris darin bestehen, der russischen Regierung die Gewißheit zu geben, daß der Krieg diesmal als Mittel, zwischenstaatliche Differenzen zu bereinigen, endgültig ausscheidet. Der neuen Politik Mr. Trumans muß ich vorwerfen, daß sie ihrem Wesen nach jede Aussicht, dieses Sicherheitsgefühl zu schaffen, schwächen muß. Es ist ein ideologischer Kurs, der versucht, meines Erachtens vergeblich versucht, die Herausforderung Amerikas durch eine Idee mit militärischer und maritimer Drohung zu beantworten. Es gibt wohl keine schlimmere Methode, die Wunden des Krieges zu heilen.

Die Anleihen an Griechenland und die Türkei sind nicht zu rechtfertigen. Denn wenn es wahr sein sollte, daß die russischen Beziehungen zu beiden eine Bedrohung des Friedens darstellten, so wäre es Pflicht der USA gewesen, die Frage dem Sicherheitsrat zu unterbreiten. Der Beschluß, militärische Hilfe von sich aus zu gewähren und die UNO nur durch eine quasi Verlegenheitsgeste Senator Vandenbergs beizuziehen, heißt nicht nur, die Vereinten Nationen verächtlich behandeln — gerade jetzt, da man ihnen jede erdenkliche Achtung und Unterstützung angedeihen lassen sollte —, es bedeutet vielmehr auch, daß hier mit amerikanischen Machtmitteln zwei Regime ge-

stützt werden, von denen das eine während des Krieges mindestens beharrlich neutral und zweifellos undemokratisch war, während das andere, nach dem offenen Geständnis der amerikanischen Regierung, einer tiefgehenden Erneuerung und Besserung bedarf, wenn es den eigenen Bürgern annehmbar sein soll.

Niemand, der die Folgerungen studiert, die die griechischen Rechtskreise an den amerikanischen Beschluß knüpfen, wird ernstlich erwarten dürfen, daß die griechische Regierung heute noch eine Erneuerung erstrebt. Es ist im Gegenteil ganz klar, daß sie in der amerikanischen Hilfe eine Art Freibrief sehen, der ihnen erlaubt, ihre Gegner noch viel schärfer zu unterdrücken, wenn sie nur vorsichtig genug sind, sie als Kommunisten zu bezeichnen. Die Wirkung auf den schlauen Türken wird darin sichtbar werden, daß er die Lösung der wichtigen Dardanellenfrage von neuem hinausschiebt oder ihr ausweicht; jeder Russe, der Augen hat, zu sehen, wird erkennen, daß der Türke so handelt, weil er sich nun amerikanischer Unterstützung sicher glaubt. Weiter muß man beachten, daß die griechische Anleihe gar nicht übereinstimmt mit dem Bericht der FAO-Kommission der UNO über die wirtschaftliche Besserung in Griechenland, einer Kommission also, die von einem Amerikaner präsidiert und hauptsächlich aus Amerikanern zusammengesetzt war.* Interessant ist auch, daß — wie Mr. Acheson hervorhebt — die Anleihe ohne jede Bedingung gewährt wurde: weder verlangt man eine Verbreiterung der Regierungsbasis, noch eine Amnestie für politische Gefangene, noch Neuwahlen, obschon befürchtet werden muß, daß der neue König noch diktaturfreundlicher ist als sein Vorgänger.

Präsident Truman inaugurierte die neue Politik am Vorabend der Moskauer Zusammenkunft der vier Außenminister. Nach zwei Jahren praktischer Regierungserfahrung mußte er wissen, welch niederschmetternde Wirkung seine Erklärung auf die Verhandlungen haben mußte. Die Wirkung war übrigens nicht auf Moskau beschränkt. Sie inspirierte ganz offensichtlich auch General de Gaulle zu einem Unternehmen, das leicht zu einer konterrevolutionären Bewegung in Frankreich werden kann; er machte darüber hinaus klar, daß eine allfällige Regierung de Gaulle auf der Seite der USA stehen werde, sollte der russisch-amerikanische Krieg, den er für nahe bevorstehend zu halten schien, ausbrechen. Nachdem nun Präsident Truman als Innenpolitiker noch den Mantel Ex-Kongreßmann Martin Dies' umwirft und die Bundespolizei auf eine jener Hetzjagden gegen alles, was politisch nicht ganz recht(s)gläubig ist, ausschickt (ein politisches Unternehmen, das noch immer Freiheit und Ehrlichkeit gefährdete), braucht er sich nicht zu wundern, wenn

* F. A. O. = Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation.

die russische Regierung annimmt, daß er damit das Deck klar macht zum Kampf und nicht mehr ernstlich an eine Erledigung der Probleme durch Verhandlungen glaubt.

All dies muß natürlich auf dem amerikanischen Hintergrund gesehen werden. Da ist zunächst der fanatische Haß-Feldzug in der amerikanischen Presse. Anderseits besteht die ernüchternde Tatsache eines gewaltigen amerikanischen Expansionismus, den Mr. Henry Luce (Herausgeber von «Life» und «Fortune») überschwänglich als Geburt eines amerikanischen Imperiums begrüßt. Wir sehen die Amerikaner auf der Suche nach militärischen Stützpunkten. Dann steht fest die Verwendung amerikanischer Wirtschaftsmacht als politische Waffe im Fall der Tschechoslowakei. Weiter die vollkommene Beherrschung Japans durch die USA. Wenn sich die Amerikaner aus China zurückgezogen haben, so geschah es doch erst, nachdem sie das reaktionäre und korrupte Regime Chiang-Kai-Sheks gegen seine Feinde gestärkt und neu ausgerüstet hatten. Kein linksstehender Engländer wird schließlich vergessen, in welchem Maße die Kritik an der amerikanischen Anleihe für Großbritannien (die Kritik von Mr. Baruch zum Beispiel) auf dem Wunsche beruhte, die wirtschaftliche Macht der USA einzusetzen, um Mr. Attlees Labourregierung an der Durchführung eben jener sozialistischen Politik zu hindern, für die ihr das britische Volk im Sommer 1945 eine so überwältigende Mehrheit gegeben hatte.

Im ganzen gesehen, erscheinen die Anleihen an Griechenland und die Türkei allen fortschrittlich Gesinnten in Europa als die erste Phase eines von Mr. Truman ohne Kriegserklärung begonnenen Feldzuges gegen Rußland. Wenn es nicht seine Absicht ist, diesen Feldzug fortzusetzen, so wäre es für die ganze Welt von ungeheurer Bedeutung, zu erfahren, was er denn sonst damit zu tun gedenkt. Er kann nicht ernstlich erwarten, daß man sein Angebot einer vierzigjährigen Garantie gegen ein allfälliges Wiederaufleben deutscher Aggressivität irgendwie ernster nehme als den Kellog-Pakt, mindestens so lange nicht, als seine Garantie nicht konkretere Gestalt annimmt. Die russischen Forderungen auf deutsche Reparationen können unmöglich im verlangten Umfange aus der laufenden deutschen Produktion befriedigt werden, das ist auch mir völlig klar. Aber wenn dem so ist, so müssen Mr. Truman und seine Ratgeber einsehen, daß die russische Regierung mit Recht Hilfe und Unterstützung verlangt auf dem schweren Weg, den ihre Völker gehen müssen, und zwar so lange, bis Deutschland selbst wirtschaftlich in der Lage ist, einige der Schäden wieder gutzumachen. Wenn man Geld übrig hat für quasi faschistische Staaten wie Griechenland und die Türkei, anderseits aber Rußland keine Anleihe gewähren will, ebensowenig wie Polen, Jugosla-

wien und der Tschechoslowakei, die unter russischem Einfluß stehen, so muß man doch wohl daraus schließen, daß die amerikanische Außenpolitik darin besteht, Regierungen, die Rußland feindlich gesinnt sind, zu belohnen und jene, die rußlandfreundlich gesinnt sind, zu bestrafen. Hier darf ich wohl die Bemerkung anbringen, daß ich die Tschechoslowakei aus eigener Anschauung und gründlich kenne und mit voller Überzeugung sagen kann, daß die vier Freiheiten in diesem Land so volle Geltung haben wie irgendwo in Großbritannien oder in den USA; der Wiederaufbau der tschechoslowakischen Demokratie nach sechs Jahren Naziherrschaft ist wohl eine der großartigsten Leistungen Nachkriegseuropas. Wenn man daher die Tschechoslowakei immer wieder als «Trabanten» Rußlands bezeichnet, so fühle ich mich verpflichtet, hier zu erklären, daß kein ehrlicher Beobachter, der die Verhältnisse dieses Landes untersucht, etwas anderes feststellen kann, als daß erstens dieses große Volk sich grundsätzlich nach der westlichen Zivilisation orientiert und daß zweitens nach München und den Erfahrungen der Nazibesetzung jeder klarblickende Tschechoslowake größeren Wert legen muß auf die Freundschaft mit Rußland als auf Freundschaft mit einem künftigen Deutschland, dessen Charakter niemand auch nur in den Umrissen voraussehen kann. Wer daran zweifelt, sollte Lidice besuchen und sich selbst vorzustellen bemühen, von welchem Joch die Tschechoslowakei 1945 befreit worden ist.

Als Historiker weiß ich wohl, daß weltanschauliche Doktrinen mit Gewalt niedergeschlagen werden können. Aber sie bleiben nicht zerschlagen, wenn sie einen Kern von Grundsätzen enthalten, welche menschlichen Bedürfnissen entsprechen. Ich glaube, es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die russiche Revolution, in ihrem weitesten Sinn, nicht ein auf Rußland beschränktes Ereignis, sondern Teil einer weltweiten Entwicklung war, die wohl zeitweilig unterbunden, aber nicht endgültig zerstört werden kann. Was Präsident Trumans Politik möglicherweise erreichen wird, ist die Hintanhaltung dieses Prozesses, aber er kann nicht das zu retten hoffen, was die Amerikaner seltsamerweise als «System des freien Unternehmertums» bezeichnen, es sei denn, er bringe dieses System dazu, zu beweisen, daß es überall in der Welt mit größerer Feiheit und vermehrter Demokratie vereinbar ist. Der größte Teil von Europa hat sich bereits gegen das «freie Unternehmertum» entschieden; das Anwachsen des asiatischen Nationalismus ist im wesentlichen als Protest gegen Ausbeutung durch die Anhänger dieses Systems zu vertehen. Es war kein Sozialist, wie ich, sondern Lord Keynes, der schrieb, daß «der moderne Kapitalismus absolut irreligiös, ohne inneren Zusammenhang, ist, daß er wenig Rücksicht auf das Gemeinwohl kennt und sehr oft, wenn auch nicht immer, ein bloßes Sammelsurium von Besitzenden und nach Besitz Jagenden

darstellt. Ein solches System darf nicht nur einigermaßen, es muß schon ungeheuer erfolgreich sein, um sich halten zu können.» Kein Amerikaner wird ehrlicherweise behaupten wollen, daß der amerikanische Kapitalismus sich mehr als mäßig bewährt hat, wenn er beispielsweise an die letzten zwanzig Jahre denkt, an die Armut im Süden und an die vier Millionen Wanderarbeiter der USA. Trotzdem, und darüber muß man sich heute überall klar werden, stützt Mr. Truman heute mit der ganzen organisierten Macht des amerikanischen Staates diesen selben Kapitalismus. *Mr. Trumans Außenpolitik ist die Außenpolitik, deren der amerikanische Kapitalismus bedarf, um sich auch weiter, trotz sehr mäßigen Leistungen, an der Macht zu halten.* Für alle Fälle garantiert Mr. Truman sein Fortbestehen, indem er reaktionäre Regierungen mit Waffenlieferungen in den Stand setzt, diesem Kapitalismus als Stützpunkte zu dienen, selbst wenn sie nicht behaupten können, daß die privilegierte Klasse, die sie beschützen, große Erfolge gezeitigt hat. Griechenland und die Türkei sind in der modernen Zeit nie etwas anderes gewesen als eben «ein Haufe von Besitzenden und dem Besitz Nachjagenden». Ausgerechnet diesen Besitzenden gewährt Mr. Truman heute die moralische und wirtschaftliche Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser unerfreuliche, ja krasse Tatbestand wird auch nicht einen Moment dadurch verhüllt, daß man mit biederem Augenaufschlag behauptet, diese «Besitzenden» seien doch das griechische oder das türkische Volk.

Mr. Truman ist dem amerikanischen Volk ein gutes Stück auf einer sehr gefährlichen Straße vorangegangen. Ich glaube, es darf mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß ihm die britische Regierung — trotz anglo-russischen Schwierigkeiten — auf diesem Wege *nicht* folgen wird. Denn eine Arbeiterregierung, die sich zum Ziele setzt, Großbritannien in eine sozialistische Demokratie umzuwandeln, muß eine sozialistische Außenpolitik betreiben, wenn sie ihre innenpolitischen Ziele erreichen will. *Sie darf sich darum nicht auf die Geleise einer amerikanischen Außenpolitik manövrieren lassen, die darauf abzielt, die kapitalistischen Gehege vor dem Eindringen des Sozialismus zu schützen.* Ein Einschwenken auf diese Linie müßte sie in Widersprüche verwickeln, die den wesentlichen Zielen der Regierung Mr. Attlees zum Verhängnis würden. Wie sehr dies der Fall ist, wird ersichtlich, sobald man die britische Politik im Mittleren Osten einer Prüfung unterzieht. Früher oder später wird Mr. Bevin Mittel und Wege finden müssen, sich *Oel* zu verschaffen, ohne einer Gesellschaft von überlebten arabischen Feudalherren Lösegelder zu zahlen, für die sie sich nicht einmal erkenntlich zeigen. Auch kann eine britische Arbeiterregierung es sich nicht gestatten, als Partner die rücksichtslose Profitjagd der amerikanischen Oel-Imperialisten mitzumachen.

Mr. Bevin selbst ist sich dessen sehr wohl bewußt, wenn er sich auf seine eigene Erfahrung mit dem Kapitalismus besinnt. Daß er über russische diplomatische Methoden verärgert und empört sein könnte, ist jederzeit begreiflich und sehr oft berechtigt. Aber niemand weiß besser als Mr. Bevin, daß es sowohl dem sozialistischen Großbritannien wie Sowjetrußland darum zu tun ist, die Macht des Staates für eine Wirtschaft der Fülle einzusetzen, die den Lebensstandard für alle erhöht, während das kapitalistische Amerika seiner Natur gemäß gezwungen ist, sich in erster Linie den Profit zu sichern, und daß es trotz gegenteiligen Erklärungen von offizieller Seite jede Hebung des Lebensstandards nur als zufälliges Nebenprodukt des Profitstrebens betrachten muß. Es war sicher kein Zufall, daß Senator Taft gegen die Ernennung von Mr. David Lilienthal zum Präsidenten der amerikanischen Atomenergie-Kommission Sturm lief. Er überlegte ganz folgerichtig, daß der Gedanke, der dem Tennesseetal-Werk zugrunde liegt, mit dem «System freien Unternehmertums» in jeder Hinsicht unvereinbar ist. Senator Vandenberg zeigt sich in dieser Angelegenheit schlauer als Taft, aber die Logik war durchaus auf der Seite des letzteren. In Amerika wie anderswo bewahrheitet sich heute mit furchtbarem Ernst, was Webster und Macaulay vor hundert Jahren voraussagten: *Freiheit und Demokratie werden immer weniger zu vereinbaren sein mit einer Gesellschaftsordnung, die auf dem Kapitalismus beruht.* Dieser Grundsatz wirkt sich heute mehr als je aus, da eine kapitalistische Krise Massenarbeitslosigkeit nach sich zieht, die zu ihrer Behebung ein umfangreiches Programm öffentlicher Arbeiten erfordert. *Und zwar ist es nur massive Aufrüstung, die unter kapitalistischer Herrschaft ein der Schwere der Krise angemessenes Programm bietet.* Wer dies bezweifelt, sollte den Auflösungsprozeß studieren, der mit Ausnahme des Tennesseetal-Werkes alle jene Unternehmungen ergriff, welche unter dem «New Deal» Roosevelts von öffentlicher Bedeutung waren.

Ich glaube daher, es ist *für den Weltfrieden dringend notwendig, daß sich Mr. Truman vom Weg, den er eingeschlagen hat, wieder abwendet. Seine Maßnahmen vergiften die internationale Atmosphäre. Sie versetzen unseren Friedenshoffnungen einen schweren Schlag. Sie stärken die dunklen und reaktionären Kräfte in allen Teilen der Welt.* Mr. Trumans Aufgabe liegt einmal darin, jene Institutionen der UNO zu benützen, auf deren Unterstützung er sein Land verpflichtet hat, anderseits soll er nicht noch einmal einen «Cordon sanitaire» um Rußland und die ihm befreundeten Nachbarländer legen, sondern vielmehr die ungeheure Produktionskraft Amerikas zum Bau einer Brücke der Verständigung mit jenen Ländern einsetzen. *Was seine jetzige Politik bringt, sind zwei Welten, das heißt Krieg,*

und es ist wahrhaftig heute weniger als je Grund zur Annahme vorhanden, daß Konflikte durch Krieg befriedigend gelöst werden können. Ich bin der letzte, der bestreiten wird, daß Rußland schwere Fehler gemacht hat, ich sehe die Pflicht der russischen Regierung darin, sich unermüdlich um das zu bemühen, was verbindet und nicht um das was trennt, aber ebenso bereitwillig anerkenne ich, daß das höchste Gut, das die russischen Staatsmänner erstreben, jenes Vertrauen in die internationale Sicherheit ist, welches ihnen erlauben würde, alle ihre Energien dem Wiederaufbau ihres verwüsteten Landes zu widmen. In einer Epoche wie der unseren ruht der Friede auf sicheren Grundlagen, wenn die wirtschaftlich stärkste Nation ihre Mittel für die Hebung des Lebensstandardes jener Länder einsetzt, die sich bemühen, ihre Kräfte zu entwickeln und damit ihrem Volke ein glücklicheres Los zu bereiten. Dies war die heilende Aufgabe, die Großbritannien zur Zeit seiner höchsten wirtschaftlichen Macht erfüllte. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten es ablehnt, diese Verpflichtung jetzt zu erfüllen, so sehe ich nicht, wie wir den Zusammenbruch der Zivilisation verhindern können.